Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft, für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 2,52 RM. zuzüglich Abtragegebühr. Alle Postanstalten, Postboten und unsere Austräger und Geschäftsstellen nehmen zu jeder Zeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Kürzung des Bezugspreises. — Rücksendung eingesandter Schriftstücke erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend

Anzeigenpreis: die 5 gespaltene Raumzeile 20 Rpfg., die 4 gespaltene Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3 gespaltene Reklamezeile im textlichen Teile 1 Reichsmark. Nachweisungsgebühr 30 Reichspfennige. Vorgeschriebene Erscheinungstage und Platzvorschriften werden nach Möglichkeit berücksichtigt. Anzeigenannahme bis vorm. 10 Uhr. Für die Richtigkeit der durch Fernruf übermittelten Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Rabattanspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Nossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 25. — 87. Jahrgang | Telegr.-Adr.: „Amtsblatt" Wilsdruff-Dresden | Postscheck: Dresden 2340 | Montag, den 30. Januar 1928

Klaren Kopf behalten!

Es war in der Zeit der Reichskanzlerschaft Caprivis. Höher und immer höher schwoll die Not der Landwirtschaft, höher und immer höher aber auch die Erbitterung, so hoch, daß das Wort fiel: „Wenn die Herrschaften in Berlin nicht endlich ein Einsehen haben und uns helfen, dann werden wir Bauern mit Dreschflegeln und Sensen gegen Berlin marschieren." Die Landwirtschaft hat damals aber doch einen klaren Kopf behalten, schlug einen andern Weg ein, indem sie eine Organisation, den Bund der Landwirte, und damit eine starke politisch-wirtschaftliche Interessenvertretung schuf.

Ähnlich drohende Worte sind auch jetzt wieder gefallen; ein Vertreter der pommerschen Landwirtschaft sprach im Reichstag von dem Pulverfaß, auf dem wir säßen, und äußerte, zur Linken gewandt: „Glauben Sie ja nicht, daß Sie allein das Recht zur Revolution haben!" Man braucht derartiges nicht gleich auf die Goldwage zu legen, aber sicherlich wird man auf der jetzt in Berlin stattfindenden Reichslandbundtagung kein Blatt vor den Mund nehmen. Aber damit sollte man sich denn doch nicht begnügen und hat sich auch nicht begnügt; positive Vorschläge, praktische Anregungen sind besser als nur zu klagen, zu schimpfen und zu drohen!

Es ist von großer Bedeutung, daß gerade jetzt in Berlin die „Grüne Woche" stattfindet, eine große Ausstellung über die gesamte landwirtschaftliche Betätigung veranstaltet wird. Keinem Großstädter schadet das, wenn er einen Einblick in die Arbeit und damit auch in die Sorgen des Landwirtes gewinnt. Allzuviel Politisches, namentlich Parteipolitisches, diktiert leider noch die Stellungnahme viel zu vieler. Dabei handelt es sich doch in der Not der Landwirtschaft um rein wirtschaftlich-finanzielle Dinge, jenseits jeder Politik. Handelt es sich um riesenhafte wirtschaftliche Werte. Wie viele Großstädter wissen denn z. B., daß allein der Wert der von der deutschen Landwirtschaft erzeugten Milch und der Milchprodukte sehr erheblich den Wert übersteigt, den unsere gesamte Kohlenerzeugung darstellt! Und dabei ist doch jene Erzeugung nur ein landwirtschaftlicher Nebenbetrieb. Darüber Klarheit zu schaffen und damit eine kühle Beurteilung der jetzt so umstrittenen Frage zu ermöglichen, ist ein überaus dringendes Gebot der Stunde.

Schließlich ist doch auch der Großstädter durchaus nicht uninteressiert an dem Schicksal unserer Landwirtschaft; man muß sich bei klarer Überlegung doch sagen, daß Deutschland nicht bloß aus ernährungspolitischen, sondern vor allem aus allgemeinen wirtschaftlichen Gründen für eine möglichst große landwirtschaftliche Produktion im eigenen Lande zu sorgen hat. Unsere Handelsbilanz ist ja mit fast 4 Milliarden Mark passiv; dabei stellen den größten Einfuhrposten leider die landwirtschaftlichen Erzeugnisse und Getränke dar, und es ist nie daran zu denken, diese Handelsbilanz aktiv zu gestalten, wenn nicht eine weitgehende Herabsetzung dieser Einfuhr herbeigeführt wird. Wir sind nicht in der glücklichen Lage wie England, auf solche Eigenproduktion in der Hauptsache verzichten zu können, weil die Einfuhr obengenannter Erzeugnisse bezahlt wird durch die Produktion und die Ausfuhr einer entsprechenden Menge industrieller Waren.

Da ist es nicht etwa bloß vom privat-, sondern nicht minder vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus zu begrüßen, wenn die Behandlung dieser Wunden und Schmerzen möglichst weit herausgerückt wird aus dem Kreis parteipolitischer Auseinandersetzungen. Dazu sind die Dinge zu ernst, zu ernst aber auch dazu, sie in demagogischer Form hüben oder drüben zu behandeln. Allseits den klaren Kopf zu behalten muß man daher verlangen können; sonst kann es wirklich zu der hier und da etwas leichtsinnig angedrohten Katastrophe kommen.

Der gute Wille dazu ist sicherlich vorhanden, nur ist es alles eher als leicht, den berechtigten Wünschen der Landwirtschaft — und des mit ihr wirtschaftlich auf Gedeih und Verderb verbundenen Mittelstandes in den kleinen und mittleren Städten — gerecht zu werden. Die Dawes-Lasten erreichen im Spätherbst zum erstenmal ihre volle Höhe und dadurch werden auch die Staatsausgaben hinaufgeschraubt. Einig aber mit allen produzierenden Schichten des deutschen Volkes geht die Landwirtschaft darin, daß vor allem an einen radikalen Abbau dieser Staatsausgaben herangegangen werden muß.

Ein neue Erzgebirgsbahn.

In Oberleutensdorf hielten reichsdeutsche und tschechoslowakische Interessenten eine Beratung ab, um neuerdings Aussprache über ein Projekt zu pflegen, das reichlich seine 40 Jahre alt und trotzdem in seiner diesseitigen Hälfte über das Stadium der theoretischen Erörterungen nicht hinausgekommen ist. Es handelt sich um die Erzgebirgsbahn, die von Wiesa über Deutsch-Neudorf nach Sachsen führen soll. Altbürgermeister Klausnitzer erstattete, wie die „Sudetendeutsche Zeitung" berichtet, sein Referat über die Genesis und den derzeitigen Stand des Projektes, das im Jahre 1917 bereits der Vollendung nahe war und durch den Ausgang des Krieges wiederum in weite Ferne gerückt wurde.

Im Verlaufe seiner Ausführungen beschäftigte er sich mit dem Schicksal des Projektes in der Tschechoslowakischen Republik bis zum Jahre 1922, in welchen Jahren das tschechoslowakische Eisenbahnministerium eine diesbezügliche Eingabe über das Projekt unter Berufung auf die bestehenden gesetzlichen Bestimmungen damit beantwortete, daß der Bau durchgeführt werden könne, wenn mindestens 30 Prozent der Kosten des Baues und des gesamten Investitionsaufwandes von den Interessenten sichergestellt werden oder wenn die Bahn ausschließlich auf Kosten der Interessenten durch eine Aktien- oder andere Gesellschaft geschaffen wird. Da der derzeitige Aufwand mit 60 Millionen Kronen errechnet wurde und der Beitrag der Interessenten daher 20 Millionen betragen müßte, war das Schicksal des Projektes schon bestimmt.

Die Gründung einer Aktiengesellschaft kam mit Rücksicht auf die Verstaatlichungsbestrebungen nicht in Betracht, so daß nur die einzige Möglichkeit blieb, daß die Bahn vom Staate selbst erbaut wird. Wenn der Staat dies nicht will, dann käme nur noch in Betracht, mit der sächsischen Regierung dahin zu verhandeln, daß sie den Ausbau der Strecke Deutsch-Neudorf—Wiesa übernehme. In der Aussprache kam zum Ausdruck, daß das Projekt von allen anwesenden Interessenten sowie von den Vertretern der Behörde auf das wärmste begrüßt wird. Die Notwendigkeit seiner Durchführung wurde allgemein anerkannt. Die Vertreter der Staatsbahndirektionen erklärten, daß sie von dem Projekt bisher keine Kenntnis hatten und daß daher eine verbindliche Stellungnahme ihrerseits nicht erfolgen konnte. Sie gaben jedoch gleichzeitig die Versicherung, das Projekt in der anerkannten Zeit dringend prüfen zu wollen. Die Vertreter der sächsischen Gemeinden sprachen sich ebenfalls wärmstens für die baldige Verwirklichung des Projektes aus.

Der deutsch-litauische Schiedsvertrag unterzeichnet

Vor der Unterzeichnung.

Die Verhandlungen Dr. Stresemanns mit dem litauischen Ministerpräsidenten Woldemaras, die am Sonnabend bis in die späten Abendstunden dauerten, haben zu keinem endgültigen Abschluß geführt. Sie sind um einen Tag vertagt worden.

Über den Vertragsinhalt läßt sich soviel sagen, daß er in keiner Weise sich von den übrigen von Deutschland mit anderen Mächten abgeschlossenen Schiedsverträgen unterscheiden wird. Besondere Abmachungen oder Geheimklauseln sind in ihm nicht enthalten. Es werden außerdem noch mehrere kleinere Abkommen über Fischerei, über den kleinen Grenzverkehr usw. abgeschlossen werden. Dagegen werden sich die

Handelsvertragsverhandlungen voraussichtlich noch über mehrere Monate erstrecken,

ehe es zum Abschluß eines vollständigen Handelsvertrages kommen kann. Die Frage einer Anleihe für Litauen scheint im Augenblick wieder in den Hintergrund getreten zu sein.

Im Vordergrunde der bisherigen Besprechungen standen die Fragen der Niederlassung und der Viehein-fuhr Litauens nach Deutschland. Es ist anzunehmen, daß beiderseits Delegationen ernannt werden, die auf der Basis der in Berlin gefundenen Lösung späterhin die endgültigen Handelsvertragsverhandlungen zu führen haben werden.

*

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen.

Die Beratungen der deutschen und der polnischen Wirtschaftsvertreter dauern in Warschau an. Bisher tagten die vier Fachkommissionen, und zwar die landwirtschaftliche, die chemische, die Holz- und die Kohlen-, Hütten- und Metallkommission. Ferner fand die zweite und letzte Plenarsitzung der Konferenz statt, in der die Berichte über den Verlauf der Kommissionsverhandlungen verlesen wurden. Es wurde auf beiden Seiten festgestellt, daß die Beratungen

sehr nützliche und positive Erfolge für die künftige Gestaltung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen

zwischen Deutschland und Polen gezeitigt hätten, und es wurde beschlossen, zwecks Fortsetzung der aufgenommenen Arbeiten weiterhin den Kontakt zwischen den erweiterten Vorständen der beiden Delegationen aufrechtzuerhalten.

*

Der deutsch-litauische Schiedsvertrag unterzeichnet.

Teilweise Einigung in anderen Punkten.

Berlin, 29. Januar. Wie die Tll. erfährt, ist der deutsch-litauische Schiedsvertrag heute nachmittag zwischen drei und vier Uhr unterzeichnet worden. Gleichzeitig ist in einigen der weiteren Fragen, die zur Besprechung standen, eine Einigung erzielt worden, bis auf die Frage des Handelsvertrages, der in weiteren Besprechungen geklärt werden soll. Der litauische Ministerpräsident Woldemaras hat Berlin heute nachmittag um 18,40 Uhr verlassen.

30 Millionen für die Landwirtschaft.

Die Beihilfe der Reichsregierung.

Dem aus landwirtschaftlichen Kreisen vielfach geäußerten Wunsch, die Rentenbank-Grundschuldzinsen ganz oder auch nur zum Teil auf öffentliche Mittel zu übernehmen, hat die Reichsregierung aus allgemeinen politischen Gründen verschiedener Art nicht entsprechen können. Sie ist jedoch bereit, zur Behebung der gegenwärtigen außerordentlichen Notstände in der Landwirtschaft zwecks Sicherung der rationellen Fortführung der Betriebe einen einmaligen Betrag von 30 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen.

Der Reichstag wird dazu in der allernächsten Zeit Stellung zu nehmen haben. Wenn die Maßnahme ihren Zweck voll erreichen soll, wird die Reichsregierung in die Lage versetzt werden müssen, über diesen Betrag sofort zu verfügen.

Die deutsch-österreichische Stammesgemeinschaft.

Erhebung von Zell am See zur Stadtgemeinde.

In Zell a. S. begannen die Festlichkeiten anläßlich der Eröffnung der Schmittenhöhebahn und der Erhebung der Marktgemeinde Zell am See zur Stadt. Unter den Ehrengästen befanden sich der deutsche Gesandte Graf Lerchenfeld und der deutsche Generalkonsul in Salzburg Dr. Breiter. Die Feier begann mit der ersten Festsitzung der neuen Stadtgemeinde, in der Landeshauptmann Dr. Rehrl die Urkunde überreichte, durch die Zell am See zur Stadt erhoben wird. Ferner traf der bayerische Ministerpräsident Dr. Held ein, bei dessen Ankunft die Bergstation Schmittenhöhe bengalisch beleuchtet und auf dem Gipfel der Schmittenhöhe ein Feuerwerk abgebrannt wurde.

Ministerpräsident Dr. Held sprach den Dank für die Einladung aus und überbrachte die Grüße der bayerischen Staatsregierung. Wir sind gern gekommen, erklärte er, weil wir uns mit Ihnen eins fühlen, weil wir

gleichen Stammes und gleichen Blutes

sind. Stamm und Blut lassen sich keine Grenzen ziehen. Und wenn auch Staatsgrenzen bestehen, so gibt es für die Herzen keine Grenzen. Wenn man in der Umgebung der Stadt Salzburg wandelt, so freut man sich über die vielen Denkmäler der alten Zeit, welche beweisen, daß das bayerische Volk und das Salzburger Volk ein Volk sind. Wir freuen uns des von Ihnen trotz der großen Not der Zeit zustandegebrachten Werkes.

Namens des bayerischen Städtebundes überbrachte Oberbürgermeister Hipp Grüße und Glückwünsche. Er betonte, daß die deutsche Kultur in der Hauptsache auf der Geistesarbeit der deutschen Städte beruhe. Die

großdeutsche Frage

werde in erster Linie durch die deutschen Städte gelöst werden. Wann das Ziel dieses Zusammenschlusses und in welcher Form es erreicht wird, wissen wir nicht. Doch das eine wissen wir, daß, wenn Österreich erst mit den übrigen deutschen Landen in einem Staat verbunden sein wird, daß dies ein gewaltiges Erbe mitbringt: die jahrtausende alte christlich-deutsche Kultur.

Ein gefälschter Mobilmachungsbefehl.

Aus dem Schreck-Prozeß.

Im Spionageprozeß Schreck, der in Leipzig stattfindet, erklärte der Vorsitzende, bei der Fortsetzung der Verlesung der Schreckschen Fälschungen stoße man auch auf eine gefälschte Meldung des deutschen Konsulats in Warschau, nach der bemerkenswerte Truppenverschiebungen in der Richtung auf die deutsche Grenze vorgenommen worden seien. An diese fingierte Nachricht habe Schreck dann ein ganzes Archiv von gefälschten Dokumenten gehängt vom teilweisen Mobilmachungsbefehl des Reichswehrministeriums angefangen bis zum „das Ganze halt", das in einen mißbilligenden Tadel wegen unzuverlässiger und ungenauer Berichterstattung, den das Reichswehrministerium dem Nachrichtenmann des Konsulats in Warschau erteilt, ausgeklungen habe.

Als Zeuge wurde auch der deutsche Pazifist Karl Mertens vernommen, gegen den ein Verfahren wegen Landesverrats schwebt. Mertens, der sich diesem Verfahren durch seine Übersiedlung nach Genf entzogen hatte, war von der Oberreichsanwaltschaft freies Geleit für seine Zeugenaussagen zugesichert worden. Mertens sagte aus, daß der angebliche Sinowjew-Brief in der Fälschungszentrale Schrecks hergestellt ist.

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF